

# Kampfabstimmung um Grimmeschule im Arnsberger Rat

Erstellt: 10.12.2021 Aktualisiert: 10.12.2021, 16:36 Uhr

Von: [Rebecca Weber](#)

 Kommentare



*Dass es für die Schüler der Grimmeschule zügig eine Alternative geben muss, darüber ist sich die Politik seit Längerem einig. Während in den vergangenen Monaten eine Machbarkeitsstudie erstellt und ein Neubau am Standort Solepark in Hüsten favorisiert wurde, brachten CDU und Grüne im November den Campus Berliner Platz als alternativen Standort ins Gespräch. In der Ratssitzung am Donnerstag erhielt zunächst keiner der beiden Standorte eine Mehrheit.*

Arnsberg - Bereits im August 2020 hatte der Rat den zügigen Neubau der Grimmeschule als zentralen Hauptschulstandort der Stadt Arnsberg auf dem städtischen Grundstück Am Solepark 6, in Hüsten beschlossen. In der Beschlussvorlage zum weiteren Verfahren von September 2021 heißt es unter anderem, dass ein modernes Gebäude (inklusive Einfeldsporthalle) als Clusterschule entstehen soll, das die Anforderungen an moderne Lernlandschaften im Sinne einer zeitgemäßen und gleichzeitig zukunftsweisenden Pädagogik erfüllt (der Raum als „dritter Pädagoge“).

In der vorliegenden Machbarkeitsstudie zur Grimmeschule am Solepark sind für die Clusterschule zum Zeitpunkt Juni 2021 17,2 Millionen Euro für den Neubau und 2,2 Millionen Euro für den Neubau der Turnhalle geschätzt worden. „Vor dem Hintergrund, dass die Ausgaben erst zum Zeitpunkt der Vergaben erfolgen, wurde für die Zeit von zwei Jahren eine Kostensteigerung von jeweils 9 Prozent pro Jahr einkalkuliert. So ergeben sich die Gesamtkosten in Höhe von circa 24 Millionen Euro bis 2023“, heißt es in der Vorlage zu den Kosten.

## Neuer Antrag von CDU und Grünen

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Arnsberg von November 2021 beinhaltete dann jedoch eine Prüfung und schnellstmögliche Realisierung des Neubaus der Grimmeschule am Standort Berliner Platz. „Eine Errichtung am Berliner Platz würde den Campus Berliner Platz insgesamt stärken, hätte aber besonders für die Grimmeschule große Vorteile. So könnten Synergien mit dem Berufskolleg sowie dem Sauerland Kolleg, dem Kolping Bildungswerk und der Gemeinschaftslehrwerkstatt entstehen. Die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist ebenfalls ein gewichtiger Pluspunkt. Die energetische Versorgung durch das Holzhackschnitzelwerk könnte gegebenenfalls positive Auswirkungen haben“, heißt es in der Begründung.

## Zeitplan Machbarkeitsstudie

Bevor nun in dieser Woche über die Zukunft der Grimmeschule abgestimmt wurde, informierte Stadtplanerin Michaela Röbbke, dass mit Ergebnissen einer erneuten Machbarkeitsstudie für den Standort Berliner Platz wohl frühestens im April zu rechnen sei, sodass man etwa im Juni bewerten könne, ob der Campus geeignet sei. „Noch mal ein halbes Jahr Verzögerung können und dürfen wir der Grimmeschule nicht zumuten“, appellierte Andreas Posta (SPD). Auch aus schulfachlicher Sicht argumentierte er für den Standort am Solepark.

## Geheime Abstimmung

Die geheime Abstimmung brachte schließlich das Ergebnis von 26 zu 26 bei insgesamt 52 abgegebenen Stimmen. Pikant: Rein rechnerisch hätten CDU und Grüne zusammen 27 Stimmen und somit eine Mehrheit gehabt. Nach einer rund 15-minütigen Beratungszeit gab Verena Verspohl (Grüne) folgendes Statement ab: „Wir erkennen das als demokratische Niederlage an. Uns ist wichtig, dass wir hier heute mit einer Entscheidung rausgehen.“ Der Vorschlag, in der Beschlussvorlage zu ergänzen, dass „das Bauvorhaben als schulpädagogisches und ökologisches Leuchtturmprojekt mit mindestens KW 40 Standard“ umgesetzt wird, brachte schließlich, bei einer Enthaltung, eine Mehrheit für den Solepark als neuen Standort der Grimmeschule.

Bis zur Fertigstellung des Neubaus der Schule soll die Qualität des aktuellen Standorts (Brandschutz, Lüftungsmöglichkeiten, Kunst- und Werkräume temporär in Containern auf dem Schulgelände, WLAN-Ausbau) kurzfristig verbessert werden. Hierfür werden 520.000 Euro bereitgestellt.

## Entwicklungskonzept zu den Lehrschwimmbecken

Mit dem Entwicklungskonzept zu den Lehrschwimmbecken stand ein weiteres, seit Langem heiß diskutiertes Thema auf der Tagesordnung des Rates am Donnerstag. Hier favorisieren CDU und Grüne eine dezentrale Lösung mit dem Erhalt der Standorte Voßwinkel und Herdringen. Peter Blume (CDU) hob hervor, dass man nicht nur die „sportfachliche Bewertung“ der vorliegenden Studie in den Blick nehmen müsste, wonach die Variante 5 (Neubau am Berliner Platz) favorisiert wird. „Die Schulen kommen zu einem anderen Ergebnis und favorisieren die Variante 1 (Erhalt aller Standorte).“

Tim Breuner (SPD) entgegnete, dass die Variante 1 plus 25 Meter-Becken jedoch die teuerste Option sei und die Umfrage der Studie aufgrund der Teilnehmerzahl nicht repräsentativ sei. „Wir befürworten Variante 5 und sehen darin die Chance, die Bäderlandschaft für die nächsten 50 Jahre fit zu machen.“ Daniel Wagner (FDP) bezeichnete die Sanierung der Lehrschwimmbecken als „tickende Zeitbombe“. Jan Ovelgönne (Grüne) sah im Hinblick auf die Dörfer ein „drohendes gemeinschaftliches Verlustempfinden und Benachteiligung gegenüber den Zentren“.

Nach einem weiteren Austausch der Argumente ging es wieder in eine geheime Abstimmung. Die Weiterentwicklung der Bäder gemäß Variante 1 brachte jedoch erneut mit dem Ergebnis von 26 zu 26 Stimmen keine Mehrheit. Nach einer weiteren Unterbrechung mit Beratungspause ließ Bürgermeister Ralf Paul Bittner dann über den Vorschlag der Verwaltung (Variante 5) abstimmen. Diese geheime Abstimmung ergab – diesmal mit 27 Nein- und 25 Ja-Stimmen – ebenfalls keine Mehrheit für eine Variante. Dem Vorschlag, das Geld im Haushalt mit einem Sperrvermerk zu versehen und das Thema weiter zu beraten, stimmte der Rat dann zu.

Emotionale Diskussion über „Streaming von Ratssitzungen“

Emotional diskutiert wurde darüber hinaus über das Thema „Streaming von Ratssitzungen“. Hierzu hieß es im Beschlussvorschlag, für eine erste Testphase von zwei Sitzungen des Rates diese aufzunehmen, ohne sie live zu streamen. Anschließend würden – vorbehaltlich möglicher Einwände – zunächst für eine weitere Testphase von vier Ratssitzungen diese live im Internet gestreamt. Die Kosten für den Einsatz von zunächst zwei Kameras beziffert die Verwaltung mit rund 10.000 bis 15.000 Euro. Jochem Hunecke (CDU), mahnte, dass Missbrauch hier nicht verhindert werden könne. Es sei zwischen möglicher größerer Transparenz und der Gefahr der Verunglimpfung ehrenamtlicher Tätiger abzuwägen. Auf sozialen Medien würde eine Stimmung erzeugt, „die uns nicht gefällt“. Zudem bringe das Streaming erhebliche finanzielle Mehrbelastungen. Angesichts eines bald modernen Rathauses solle man das Geld jetzt lieber in den Wald als in eine Interimslösung stecken.

„Es ist ein sensibles Thema“, sagte Tom Babic (SPD), „aber es gibt nichts was ehrlicher ist, als ein Livestream“. Dies sei die beste Basislage um etwas in den sozialen Medien zu widerlegen. Arnsberg – als Smart City – könne Streaming nicht ausschließen. Die Chance der Testphase würde seine Fraktion ungern verstreichen lassen.

Mit 27 zu 24 Stimmen wurde die Beschlussvorlage jedoch nicht angenommen. Bürgermeister Ralf Paul Bittner fasste zusammen: „Ich verstehe die Vorbehalte. Aber es wird irgendwann kommen. In vielen Kommunen ist es schon so.“